

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282 - 287
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung
Gefäßstraße 84, bis 5 Uhr
Beleger: Dönhoff-Berlag GmbH
Berlin SW 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282 - 287

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Marx verhandelt.

Heute nachmittag entscheidende Besprechungen.

Reichskanzler Dr. Marx hat dem Reichspräsidenten gestern abend mitgeteilt, daß er den Auftrag auf Grund des bekannten Zentrumsbeschlusses durch Verhandlungen mit den in Frage kommenden Fraktionen des Reichstages die politische Lage und die Möglichkeiten der Regierungsbildung weiter zu klären, annimmt. Marx will demgemäß heute mit den Parteiführern wegen der Möglichkeit der Bildung einer Regierung der Mitte verhandeln.

Wie in parlamentarischen Kreisen verläuft, will er zunächst mit den Führern der Reichstagsfraktionen der Deutschen Volkspartei verhandeln, um festzustellen, ob ein Kabinett der Mitte mit Unterstützung der Sozialdemokraten durchzuführen ist. Der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei tritt bekanntlich heute vormittag zu einer Sitzung zusammen.

Mit den Fraktionsführern der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten will Dr. Marx erst verhandeln, nachdem er die Ansichten der Deutschen Volkspartei entgegengenommen hat.

Die Sitzung des Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei begann nach 11 Uhr vormittags im Besitze des Reichsaussenministers Dr. Stresemann. Um 2 Uhr war die Sitzung immer noch nicht mit einem Beschluß beendet. Im Reichstag verlautete jedoch, daß die Volkspartei zunächst nicht die Absicht habe, den Bemühungen Dr. Marx' Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Stegerwald will nicht.

Eine Rede in Köln. — „Lieber Auflösung als Rechtsregierung.“

Im Lager der christlichen Gewerkschaften spielen sich merkwürdige Dinge ab. Ihr Organ „Der Deutsche“ hat in den letzten Tagen mit großem Eifer gegen Marx als Kanzlerkandidaten der Mitte Herrn Stegerwald als Kanzlerkandidaten der Rechtsregierung proklamiert. Obwohl Stegerwald bis in die letzte Zeit hinein sich gegen die Rechtsregierung ausgesprochen hatte, war schwer anzunehmen, daß eine solche Aktion unternommen werden könne im strikten Gegensatz zu Stegerwald selbst. Das scheint nun aber doch der Fall zu sein, denn ein Eigenbericht aus Köln meldet uns folgendes:

In Köln sprach am Sonntag nachmittag in einer großen Kundgebung der Arbeiterzentrumswähler der ehemalige preussische Ministerpräsident Stegerwald über „Arbeiterzentrumswähler und Politik“. Als Gäste waren in der Versammlung u. a. amwesend Minister Hirtfelder, Abgeordneter Giesberts und andere prominente Zentrumsführer. Stegerwald forderte zur Weiterführung des Emanzipationskampfes der Arbeiter auf. Das Verhältnis des Besitzes zum Nichtbesitz habe sich sehr verschärft. Die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft, die zwar verfassungsmäßig festgelegt sei, sei in der Praxis noch lange nicht vorhanden. Das habe u. a. auch der Fall des Kölner Regierungspräsidenten erwiesen. Oberbürgermeister Adenauer und der Landeshauptmann Horion hätten für den Regierungspräsidentenposten einen vorgebildeten Beamten verlangt, sie haben aber, so führte Stegerwald aus, vergessen, daß wir nicht mehr in einem Beamtenstaat leben. 30 Jahre Lebensarbeit gelten schließlich auch so viel wie 4 bis 5 Jahre approbiertes Akademiestudium. Wenn jeder Kommunalbeamte sich seinen Aufstiegsbeamten selbst wählen könnte, wie Oberbürgermeister Adenauer das getan habe, so grenze das an Korruption. Die Zentrumspartei sei ohne starken Arbeiteranhang

nichts, und das treffe für die Wahlen ganz besonders zu. Im Westen Deutschlands bekennen sich 775 000 bis 900 000 Arbeiter zur Zentrumspartei. Ohne diese Tatsache wären heute noch keine katholischen Beamten in Regierungsstellen. Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen lehnte Stegerwald es für die christlichen Gewerkschaften ab, diese als Schutz gerade für das Bürgertum gegen die Sozialdemokratie gebrauchen zu lassen. Was die Gleichberechtigung der christlichen Arbeiter in der Zentrumspartei angehe, so sei diese in der Reichstagsfraktion vorhanden, auf dem Lande allerdings vielfach noch nicht. Die Arbeiter sollten darum im Kampf unermüdlich sein und unter Umständen auch nicht davor zurückweichen, bei kommenden Wahlen eigene Listen aufzustellen.

Stegerwald kam auch auf die Regierungsbildung zu sprechen und wies darauf hin, daß man die Sozialdemokratie verantwortlich zur Regierung mit heranziehen müsse. Seit dem Tode Eberts habe bei der Sozialdemokratie eine Rückentwicklung zum Agitationskampf eingeleitet. Stegerwald wandte sich dann gegen die Deutsche Volkspartei, die er als das Reaktionärste bezeichnete, was in ganz Deutschland vorhanden sei. Der Bildung einer Rechtsregierung sei die Auflösung des Reichstages vorzuziehen.

Wir stehen also vor der eigentümlichen Tatsache, daß der Führer der christlichen Gewerkschaften in Köln gegen den Bürgerblock spricht, während ihn das Organ der christlichen Gewerkschaften in Berlin gegen seinen Fraktionskollegen Marx als Kanzlerkandidaten des Bürgerblocks anspricht.

Westarp bekennt sich zur Monarchie!

Die Kräfte, die im „Deutschen“ wirksam sind, traten gestern auch in einer Versammlung in Berlin in Erscheinung. In einer „Reichsangelegten-Tagung“ der Deutschnationalen Partei sprach unter dem Vorsitz des Herrn Lambach, des Führers der deutschnationalen Handlungsgehilfen, Graf Westarp. Der Graf feierte die Zeit des Kaiserturns als eine Zeit des Aufstiegs und des Glücks und sagte, man müsse danach streben, wieder zu einer Staatsform zu kommen, „die alle nationalen Kräfte zusammenschließt“.

Nach einem anderen Bericht sagte er wörtlich, „daß unserer Volke die Freiheit nur zuteil werden wird, wenn es sich von der deutschen Wesensart fremden Staatseinrichtungen freimacht und zu einer seiner Ueberlieferung und seinen politischen Bedürfnissen entsprechenden Staatsform zurückkehrt“.

Nach diesem Bekenntnis des deutschnationalen Parteiführers zu einem Programm des aktiven Monarchismus dürfte es Parteien, die sich noch als „republikanisch“ bezeichnen, nicht leicht werden, eine Verbindung mit den Deutschnationalen einzugehen.

Westarp und andere erklärten die Sozialdemokratie als „antisozial“ und versicherten, daß nur bei den Deutschnationalen die richtige soziale Bestimmung zu finden sei. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der der deutschnationalen Reichstagsfraktion der Dank für die Maßnahmen, die zum Sturz der Minderheitsregierung geführt hätten, ausgesprochen wird. Die Reichsangelegten-Tagung erwartete von der Reichstagsfraktion, daß sie sich jedem Versuch, erneut eine Minderheitsregierung ins Leben zu rufen, widersetze und jede Regierung, die sich nicht auf eine feste Mehrheit mit Einschluß der Deutschnationalen stütze, mit allen parlamentarischen Mitteln bekämpfe.

Polens innere Lage.

Pilsudski zwischen Reaktion und Demokratie. Von Abg. Dr. Hermann Diamond, Warschau.

Die Mairevolution Pilsudskis hat allgemein enttäuscht. Keine der Hoffnungen, denen sich die Faschisten, die Kommunisten und selbst die Sozialisten hingegeben haben, ist in Erfüllung gegangen.

Pilsudski ist weder Mussolini, noch Lenin, noch ein Sozialistenführer, er ist eben Pilsudski, ein Produkt besonderer, polnischer, sozialer und politischer Verhältnisse.

Polen befindet sich in einer seine Existenz ständig bedrohenden geographischen Lage; es grenzt hunderte Kilometer weit an große Staaten, die seine Grenzen nicht anerkennen und nur widerwillig dulden. Pilsudski verhält sich pessimistisch gegenüber dem europäischen Pazifismus, er traut den Allianzen wenig und dem Bandfrieden gar nicht; er möchte ein militärisch starkes, politisch und sozial nicht zerklüftetes Polen haben. Diesen Zweck erstrebte seine Revolution und erstrebt seine Politik. Nun ist aber Polen politisch und sozial, wie übrigens alle Staaten der Welt, nicht einheitlich. Die verschiedenen Kräfte können nicht ohne Gewalt niedergehalten werden; der militärische Ausbau stellt Ansprüche an die Staatsfinanzen, denen ein wirtschaftlich nicht auf der Höhe stehendes Land nur schwer entsprechen kann.

Die Warschauer Arbeiterschaft hat an der Pilsudskischen Militärrevolution mit der Waffe in der Hand lebhaften Anteil genommen; die Eisenbahner des ganzen Landes haben durch entsprechende Behandlung des Zugverkehrs den Sieg Pilsudskis herbeigeführt, sie erhofften aber für den Fall des Sieges eine soziale und wirtschaftliche Besserung ihrer Lage. Sie sind keine Militaristen und erwarten nach dem Siege eine Abzünkung, eine Verminderung der Militäraufgaben. Diese Forderungen aber können bei den Bestrebungen Pilsudskis nach einer Klassenharmonie nicht erfüllt werden.

Bestriedigt ist die landwirtschaftliche Bevölkerung, die die gewaltige Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte mit dem Siege Pilsudskis in Verbindung bringt.

Logisch sucht Pilsudski die Extremen beider sozialen Richtungen niederzuhalten. Er bekämpft die extremen Nationalisten und die sozial reaktionären Elemente, aber er sucht den gemäßigten Großgrundbesitz, den einsichtigeren Großkapitalismus für sich zu gewinnen. Es werden Bestrebungen sichtbar, die Arbeiterschaft für eine nichtsozialistische politische und Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen, ein Bestreben, das bisher erfolglos geblieben ist.

Die polnische Reaktion, die vieles mit den Methoden der Pilsudski-Regierung gemein hat, die — wenn auch zu weitergehenden Zwecken — den Parlamentarismus beschränken, die Presse- und Redefreiheit aufheben, das demokratische Wahlrecht verfälschen, die ganze Macht für die bestehenden Klassen zurückerobern möchte, sucht unauffällig den Einfluß Pilsudskis in der Armee einzuschränken und organisiert gleichzeitig eine eigene Kampforganisation, eine faschistische Armee, die unter den Studenten, den Akademikern in den Städten und den reaktionären Bauern Anhänger findet.

Das neue Regime erleichtert der Reaktion ihr Geschäft. Sie ist der Verantwortung für bestehende Mißstände enthoben, sie erreicht ihr Ziel der Beschränkungen der bürgerlichen Freiheit, der Herabsetzung des Parlamentarismus, der Spaltung der Demokratie — ohne die Verantwortung zu tragen und ohne den oppositionellen Standpunkt zu verlassen. Im Parlament kann die Regierung in ihren reaktionären Maßregeln immer auf die Stimmen der von ihr beschützten Nationaldemokraten mit Gewißheit rechnen.

Die Lage der Demokratie in Polen und es scheint, daß die Sozialistische Partei die einzige nennenswerte demokratische Partei in Polen ist, gestaltet sich unter diesen Verhältnissen außerst schwierig. Der Kampf Pilsudskis mit der extremen Reaktion stumps naturgemäß die Waffen der sozialistischen Opposition ab, eine gründliche Niederlage Pilsudskis — nachdem es ihm gelungen ist, die Demokratie zu schwächen und zu sprengen — wäre der Sieg der extremen Reaktion. Ein Zusammenwirken mit Pilsudski ist ausgeschlossen durch seine absolutistischen Methoden; ein solches Zusammengehen scheint auch Pilsudski nicht erwünscht, da es ihn in seiner Bewegungsfreiheit beschränken würde. Es sind auch aus seiner Umgebung Elemente ausgeschlossen, welche die Eignung hätten, sich eine eigene Meinung zu bilden und schon gar sie derjenigen des Marschallpremiere entgegenzusetzen.

Für die Gefahr einer Politik, deren ganzer Inhalt die Einsicht und Tatkraft eines einzigen Mannes ist, fehlt den Pilsudski-Deuten jede Einsicht. Wenn sie auch auf das Glück Pilsudskis schwören, das jeden Mißerfolg ausschließt, so wollen sie doch sich der Einsicht nicht verschließen, daß in dem Augenblick des Verfallens der physischen Kräfte Pilsudskis Polen ohne lebensfähige, entschlußbereite, tatkräftige Organisation dasteht. Es fehlt den Leuten an Verständnis für die Notwendigkeit eines Faktors der Stetigkeit in der staatlichen Führung.

Wenn man auch das Regime Pilsudski nicht als reaktionär in der landläufigen Bedeutung des Wortes nennen kann, so muß man doch zugeben, daß es eine gefährliche Unterbrechung in der sozial- und politischen Entwicklung Polens bedeutet.

Deutschland und Polen.

Rede des Reichstagspräsidenten Löbe in Lodz.

Lodz, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) An der Jubelfeier der deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens am Sonntag nahm Genosse Reichstagspräsident Löbe teil. Er überbrachte die Glückwünsche der Deutschen Sozialdemokratischen Partei und bezeichnete als Aufgabe der deutschen Sozialdemokraten in Polen, dank deren Ritterstellung zwischen den Sozialdemokraten Polens und Deutschlands, versöhnend für beide Länder zu wirken.

Im Laufe seiner Ausführungen wandte sich Genosse Löbe gegen die falsche Auslegung seiner letzten Rede in Danzig durch die nationalistiche Presse und erklärte ausdrücklich, nichts Unfreundliches gegen Polen gesagt zu haben. Die Aufforderung zu Kriegsrüstungen sei das größte Verbrechen und kein vernünftig denkender Mensch in Deutschland und Polen könne an die Lösung auch nur irgendeiner strittigen Frage durch Krieg denken. Landesgrenzen seien niemals ewig und unterliegen Veränderungen, jedoch sollten diese nur auf rechtmäßigem Wege und nur im Sinne aller Beteiligten vorgenommen werden. Heute seien aber die Beteiligten dazu noch nicht bereit. Die Nationalisten suchten immer Vorwände zur Verheerung. Das beseligen die Fragen Gosh-Lothringen und polnischer Korridor. Der Streit über diese Fragen sei überflüssig und höchst gefährlich. Die Beteiligung von Rüstkräften, die sich aus dem Bestehen des Korridors ergeben müssen bedehnen werden, aber nur auf friedlichem Wege.

Deutschland und Polen seien einander angewiesen. Deutschland brauche Polens Agrarprodukte und könne durch vergrößerten Export die Arbeitslosigkeit mindern. Polen wiederum brauche Fertigerzeugnisse und muß Vieh und Landprodukte ausführen. Durch regen wirtschaftlichen Verkehr werde auch das persönliche Sichkennenlernen beider Länder mehr

gefördert, wodurch wieder die allgemeinen Beziehungen besser werden. Der Redner schloß mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit wirtschaftlicher Konsolidierung Europas. Der kapitalistischen Entwicklung muß eine starke sozialdemokratische Politik entgegengetreten werden.

Nach ihm sprach Abg. Diamond für die polnische Sozialdemokratie, der auf das wiedererstandene drohende Kriegsgepöhl hinwies, das nur durch den gemeinsamen Widerstand aller klassenbewußter Arbeiter beseitigt werden könne. Eine wirtschaftliche „Notwendigkeit“ zum Krieg läge weder für Deutschland noch für Polen vor, da die Getreideerzeugnisse in Deutschland wie in Polen leicht vervielfältigt werden könnten. Die Kapitalisten beider Länder widerstehen sich dem aber, weil es sich nicht bezahlt mache. Mit einem Hoch auf die Internationale schloß Genosse Diamond.

Weitere Vertreter der SPD. forderten zur Bildung einer gemeinsamen Front aller sozialistischen Parteien Polens auf.

Die Berliner Dauerverhandlungen.

Warschau, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Abg. Genosse Dr. Diamond, Mitglied der Delegation für Handelsvertragsverhandlungen in Berlin, erklärte Pressedirektoren gegenüber, daß zahlreiche großagrarisches und großindustrielle Kreise Deutschlands den Abschluß eines Handelsvertrags aus Konkurrenzgründen hinterzögen. Falls die neue deutsche Regierung sich auf die Hilfe stütze, müsse sie dahin wirken, daß der Vertrag schnell zustande kommt. Schwierig sei vor allem eine Verständigung in gewissen Zollfragen, dagegen sei man in der vielumstrittenen Frage des Niederlassungsrechts einer Einigung bereits nahe. Deutschland erhalte das Reisbegünstigungs- und Niederlassungsrecht, aber nur für wirtschaftlich interessierte Personen.

Der Rechtsblock für Klassenschulen!

Erste Gefährdung der Grundschule.

Die bürgerlichen Parteien haben im 12. Ausschuss gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten eine Novelle zum Grundschulgesetz angenommen, nach der der im Grundschulgesetz festgelegte Abhauetermin für die Vorschulklassen der Privatschulen, nämlich Jahr 1929/30, aufgehoben wird bis zum Erlaß eines Gesetzes, das die Entschädigungsansprüche der Privatschulen regelt.

Von sozialdemokratischer Seite wurden die stärksten Bedenken erhoben. Es wurde betont, daß es verfassungswidrig ist, die durch den Artikel der Reichsverfassung ohne Bedingung festgelegte Aufhebung der Vorklassen gesetzlich von einem Entschädigungsanspruch abhängig zu machen. Die Sozialdemokraten — und die Demokraten schlossen sich dem an — stellten Anträge, die über das Grundschulgesetz hinaus jede Härte für die Privatschule ausschloß. Obwohl den Privatschulen für den Abbau ihrer Vorschulklassen neun Jahre Zeit gelassen war, haben sie meistens nicht nur nicht abgebaut, sondern sogar ihr Vorschulklassensystem ausgebaut!

Immerhin gibt es einzelne Fälle, in denen selbst bei ernsthaftem Willen infolge der Inflationszeit ein Abbau aus wirtschaftlichen Gründen schwierig gewesen wäre. In solchen Einzelfällen, die behördlich nachgeprüft werden sollten, waren die Sozialdemokraten bereit, ihre Zustimmung zu einer Hinausschiebung des Abbaues der unteren Vorklassen um ein Jahr zu genehmigen. In der Zwischenzeit würde nach den bestimmten Erklärungen des Staatssekretärs Schulz eine reichsgesetzliche Regelung der Entschädigung vorgenommen sein.

Die bürgerlichen Parteien mußten zugeben, daß der Antrag der Sozialdemokratie allen bisherigen Ansprüchen genüge. Nichtsdestoweniger beschloßen sie die verfassungswidrige unbefristete Hinausschiebung des Abbaues der Vorklassen der Privatschulen. Damit stellten sie sich nicht nur schützend vor die besonderen Weltanschauungsschulen, sondern vor allem vor die vielen privaten Schulunternehmungen, die nur dazu dienen sollten, die Grundschule als Einheitschule zu sabotieren. Zwar beteuerten sie auch im Ausschuss ihre warme Liebe zur Grundschule, doch ihre Zustimmung beweist, daß das nur Agitationssprüche für die Volksschullehrer in ihren Reihen sind.

Die Sozialdemokratie, die die Hauptträgerin des Grundschulgedankens ist, wird dafür Sorge tragen, daß dieses neue Merkmal auf die Grundschule der Öffentlichkeit bekannt wird und durch die Verhandlungen des Plenums noch Möglichkeit abgewehrt wird.

Ein mannhafter Universitätsrektor.

Reinfall der Nationalisten an der Münchener Universität.

München, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Seit 1919 war die Münchener Universität bis vor kurzem einer der unerschütterlichsten Stützpunkte der bayerischen Reaktion. Der schwarzweiße Nationalismus, großgezogen und stets begünstigt von Gros der Professorenschaft, feierte gerade hier seine ungeheuersten und namhaftesten Triumphe. Mit einiger Gemühtung sind deshalb die Anzeichen zu vermerken, die dafür sprechen, daß diese nationalistisch-reaktionäre Hochflut im Abnehmen begriffen ist. Schüchtern zeigten sich diese Anzeichen erstmalig beim Jubiläumstag der Universität im November vorigen Jahres, deutlich sichtbar aber schon bei der am Sonnabend abgehaltenen Rektorsgründungsfeier.

Der achtundzwanzigjährige Rektor Böhler, ein ebenso geistreicher wie unerschrockener Schwabe, veranlaßte, daß, wie zum ersten Male beim Jubiläum, so auch bei der traditionsmäßigen Reichsgründungsfeier die schwarzrotgoldene Flagge der deutschen Republik gehißt werde. Darauf drohte der angelegte Festredner, Geheimrat Frank, mit der Weigerung, seine Rede zu

halten. Der Rektor ließ sich aber nicht einschüchtern, hängte die Fahne der Republik hinaus und hielt selbst die Festrede, die mit ihrem hohen geistigen Gehalt auf die Verammelten einen tiefen Eindruck machte. Er sprach, wie wir schon kurz erwähnt haben, über Politik und Geistesleben, stellte dabei rücksichtslos die nördliche, unfähige Kritik des deutschen Spießbürgers an den politischen Parteien und warnte die Studentenschaft davor, sich weiterhin mit den Phrasen und Mythen eines Nationalismus zu betören, der die germanischen Rassen zur Herrschaft über alle anderen geboren erklärt. Allerdings erwartete er auch vom Klassenkampf nicht die Erlösung von der Allgewalt der wirtschaftlichen Kräfte des Kapitalismus.

Die Feier zeigte aber auch ein weiteres Numm: gegenüber der bisherigen Übung fehlte diesmal die Teilnahme der sogenannten Chargierten der studentischen Korporationen. Der Grund dafür liegt darin, daß der sogenannte Woffentag und die farbentragenden katholischen Verbindungen im Korporationsauschluß sich dem Verlangen des Rektors nicht fügen wollten, doch auch die paritätischen und die jüdischen Verbindungen gleichberechtigt teilnehmen können, während die nichtfarbentragenden katholischen Verbindungen sich damit einverstanden erklärten. Infolgedessen fehlte der Korporationsauschluß der Studenten auf und das Chargieren unterblieb.

Schließlich ist noch ein drittes Vorkommnis bemerkenswert: der zur Feier eingeladene ehemalige Kronprinz Rupprecht verlangte, wie bei der Jubiläumfeier, den ersten Ehrenplatz. Während es aber damals noch gelang, ein Kompromiß abzuschließen, blieb diesmal das Ministerium und damit auch der Rektor fest darauf bestehen, daß dieser Platz dem ersten Vertreter des Staates, in diesem Falle dem Kultusminister, eingeräumt werde. Die Folge davon war, daß der Herr Kronprinz auf die Teilnahme verzichtete und auch kein anderes Mitglied des ehemaligen Königshauses als sein Stellvertreter fungierte.

Akademische Unfreiheit.

Der völkische Aufzug an den Hochschulen.

Die Hochschulen in den reichsdeutschen Republiken gewähren keineswegs allen, die die geistige Reife zum Hochschulstudium schulmäßig erworben haben, freien Zutritt. Ausländer, auch wenn sie in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, werden nur mit Genehmigung des Unterrichtsministers in dem betreffenden Lande als ordentliche Hörer zugelassen. Aber selbst dann bleiben sie akademische Bürger milderer Rechte — sie haben das Wahlrecht zu den Studentenvertretungen nicht und ebensowenig einen Anspruch auf eine Ermäßigung der Gebühren. Nur dann erhalten sie diese beiden Rechte, wenn die Vereine ausländischer Studenten sie als Mitglieder aufnehmen; dieser Verein an der Berliner Universität — und wahrscheinlich ebenso an den meisten deutschen Hochschulen — nimmt Juden nicht auf, weil sie nicht „deutschstämmig“ seien — mögen auch ihre Eltern aus rein deutschen Auslandsgebieten eingewandert sein und nicht einmal eine andere Sprache als die deutsche beherrschen!

Rag auch aus Anidermitten — weil die Eltern nicht deutsche Steuerzahler, also Hochschulhalter seien! — die Zulassung wirklich ausländischer Studenten beschränkt sein; aber daß man „auslandsdeutsche“ Studenten, die schon hier geboren und zur Schule gegangen sind, nur wegen ihrer jüdischen Abstammung milderer Rechte sein läßt, ist eine flagrannte Verletzung des Geistes der Reichsverfassung. Die solche Unterscheidung ausdrücklich verbietet. Und wenn Reichsrecht sogar Landesrecht bricht, wird es wohl auch noch Statutenkreuzerunrecht brechen können!

Sozialdemokratischer Erfolg in Wiesbaden.

Schwere Schlappe der Deutschnationalen.

Wiesbaden, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag wurde in Wiesbaden der Gemeinderat neu gewählt. Aufstellend an dem Ergebnis dieser Wahl ist der weitere Aufstieg der Sozialdemokratie und auf der anderen Seite der verhältnismäßig starke Rückgang der Deutschnationalen.

Insgesamt wurden bei einer Wahlbeteiligung von rund 80 Prozent 48 Stadtverordnete gewählt. Davon erhielten die Sozialdemokraten 16 statt bisher 12, während die Deutschnationalen von ihren bisherigen 6 Sitzen allein vier verloren und sich jetzt mit 2 Mandaten im Stadtparlament begnügen müssen. Die anderen Mandate verteilen sich wie folgt: Kommunisten 6 (5), Demokraten 4 (6), Zentrum 7 (6), Volkspartei 9 (10), Wirtschaftspartei 6 (5), Aufwertungspartei 2 (0).

Bei den Landkreiswahlen behauptete die Sozialdemokratie ihre bisherigen 9 Siege, ebenso das Zentrum und die Kommunisten. Die anderen bürgerlichen Parteien büßten dagegen von ihren bisherigen 10 Mandaten drei ein, so daß sie nur mit 7 Sitzen zurückkehrten.

Königlich ungarische Einbruchsdiebstähle.

In Wien und in Paris.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ warnt die ungarischen Emigranten in Wien vor ungarischen Polizeispionen, die sich jetzt an sie herandrängen und sie sogar bezirzen, um herauszubekommen, ob nicht etwa ungarische Arbeiter, die Frankreich infolge der industriellen Krise verlassen müssen, abseits von den „Sammelscharen“ nach Wien gelangt sind, also auch unter Umgehung der bereits gemeldeten polizeilichen „Quarantäne“ und der Internierung nach Ungarn gelangen könnten; dabei spielen diese Subjekte auch nach den Abwehreinrichtungen der deutschösterreichischen Sozialdemokratie gegen die horthungarische Dauergefahr.

In diesem Zusammenhang berichtet unser Bruderblatt, daß die ungarische Polizei eine vollständige Liste der Wiener Emigranten besitzt. Sie hat — wahrscheinlich mit Hilfe der Wiener ungarischen Gesandtschaft — feinerzeit den Kataster der politischen Flüchtlinge aus dem Lokal der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Wien VII, die dem ungarischen Flüchtlingskomitee Gastfreundschaft gewährte, stehlen lassen. Der Einbruch in die Pariser Liga der ungarischen Flüchtlinge ist ganz nach derselben Methode verübt worden, so daß da ein System zu bestehen scheint.

Von einem Staat, dessen Stützen ausländisches Geld fällchen, können solche Methoden nicht mehr überraschen; aber sie sollten die übrige Welt freilich in ihrer Haltung zu diesem Staat und seinen Repräsentanten einigermaßen bestimmen!

Lehthin hat die deutschösterreichische Justiz den ungarischen Flüchtling Michael Jagodits nach Ungarn ausliefern lassen, was wegen angeblicher Diebstahls verlangt worden war. Jagodits, der in der Rätezeit roter Soldat war und deshalb von einem Horthy-Bericht wegen Erpressung verurteilt worden ist, ahnte Schlimmes und schnitt sich die Pulsadern auf. Trotzdem lieferte man ihn aus. Obwohl nun nach internationalem Recht ein Auslieferung nur wegen des Auslieferungsdelicts verfolgt werden darf, sogar das ungarische Gericht ihn aber von der Diebstahlsanklage freigesprochen hat, ist er jetzt von der politischen Polizei interniert worden, da er Kommunist sei und beim Grenzübertritt kommunistische Schriften bei sich gehabt habe. Interniert — obwohl Befehl wiederholt und feierlich dem Ausland erteilt hat, es gebe in Ungarn keine Internierung mehr!

Washington-Mexiko-Nicaragua.

Friedens- und Schiedsgerichtsvorschläge.

Dies hat an Sacaca durch die Washingtoner Gesandtschaft von Nicaragua einen Friedensvorschlag gerichtet. Vertreter der Biberolen sollen in keine Regierung eintreten und im Jahre 1928 sollen unter — amerikanischer Aufsicht Neuwahlen stattfinden.

Inzwischen treten in den Vereinigten Staaten selbst immer mehr Stimmen für eine schiedsgerichtliche Lösung des Konflikts mit Mexiko ein, darunter auch der frühere Staatssekretär Hughes, der unmittelbare Vorgänger von Kellogg. Im Senat forderien sogar Freunde von Coolidge die Abberufung Kelloggs.

Die amerikanischen Erdölgesellschaften in Mexiko drohen mit — Prozessen gegen die Regierung Calles.

Der Tanzpalast.

Von Jodak.

Es geht uns ja eigentlich einen Schmarren an, daß nach vielen einander bestätigenden Meldungen die Hagia Sophia in Konstantinopel ihren bislang auf geistliche Erbauung abzielenden Betrieb einzustellen gedenkt. Aber schließlich ist es doch nicht nur von lokalem Interesse, wenn eine der schönsten und vielleicht die schönste Kirche der Welt, wenn ein Prachtbau, der längst religiöser Begriff geworden ist, alle Tradition über den Haufen und dafür sich in die Arme des Vergnügungsbetriebes wirft, wenn er vom Dienst an Allah sang- und klanglos zum Song und Klang hinüberwechselt.

Die Hagia Sophia soll Tanzstätte werden. Statt andächtigen Genusses soll schneidiger Tanz in ihr erklingen. „Stimmung, Betrieb, Jubel und Trübel“ wird in den Konstantinopeler Zeitungen zu lesen sein. „herrlich allein in der Hagia Sophia! Ab fünf Uhr volles Orchester! Räumle Hügel! Gut gepflegte Weine! Jeden Dienstag die beliebten Extravertierungen!“ Vielleicht opponieren anfangs wie bei der Abschaffung des Fes einige in den Gesinnungen der Vergangenheit verwurzelte Lärten, weinerliche Dinge über den Sitten- und Religionsverfall deklamierend. Aber ihre schwachen Stimmen werden rasch von den Paukenschlägen überdröhnt werden, die aus der Wölchse donnern, und schließlich werden sie den hoffnungslosen Kampf aufgeben.

So, sie schreitet machtvoll durch die Welt, die Ungläubigkeit. Der liebe Gott der Christen weiß ein Lied davon zu singen, und schließlich liegt es nur auf der Linie der internationalen Uniformierung, wenn seine mohammedanische Abart von der Ungläubigkeit nicht unberührt bleibt. Es war einmal, daß das grüne Banner des Propheten zu Kämpfen und Opfertoden hinriß, wie ja auch das Kreuz einmal zu blutigem Streit begeistert. Wenn man's heute recht bedenkt, ist soviel nicht herausgekommen dabei, und wenn schon die Geschäftsbücher des in der Hagia Sophia einzurichtenden Amüsierbetriebes weniger tief als der Koran sein werden, so dürften sie doch ein aufschlauerndes Bild als er über die letzten Fragen geben, die die bestehenden türkischen Kreise beschäftigen. Das ist die neue Sachlichkeit, die sich in der Welt durchsetzt, daß die Umfahrungen immer schroffer abfallen von den Dingen und ihr Wesen immer deutlicher wird. Die Zeit der Mystik ist vorüber. Gott und Allah und was sonst noch: das alles sind Unbeweisbarkeiten, sind Menschenwerke und Phantasieerzeugnisse. Nicht man das Apparat und das Primärium ab, worin sie seit Jahrhunderten gepannt sind, dann bleibt jenes höchsten Innerlichtes übrig, auf der zwar das innerste Wesen der Welt steht, mit der sich aber von den Herren Apparatbedienern und Beimbauriumschwabronen nicht viel anfangen läßt — und da lassen sie lieber gleich die Jazzpöppele aufspielen.

Inzwischen wächst in den Arbeitsjahren der Welt das Evangelium einer neuen Brüderlichkeit heran, das der Verschommenheit und Hochheit gleich abgeneigt ist.

„Wozze! (Staatsoper). Nicht dies ist das Wesentliche, daß der „Wozze!“ von Alban Berg in der Staatsoper gut, sehr gut, außerordentlich gespielt, dirigiert wird. Es ist Kleibers ureigste, würdevollste Leistung, Erfolg souveräner technischer Herrschaft, intellektuellen Diktatoriums ohne Notwendigkeit starker Gefühlskräfte. Wir kennen vom vorigen Jahr die tragenden, ragenen Kräfte dieser Aufführung, in der uns zuerst die vitale, mitreißende Spiegelwelt der Jöhansen auffiel, in der Schlipendorff, Soot, Henle, Abendroth der Sprech- und Singwierigkeit ihrer Rollen gerecht wurden.

Nicht dies ist wesentlich. Aber daß der „Wozze!“ trotz des Widerpruchs aller möglichen Claqueurs 1926 je einmal gegeben wurde, daß er jegeturnt sein Publikum findet, das ist wesentlich. Ein Werk voll von den äußersten und gewagtesten Spannungen, Entladungen, Affekten, ein Werk ultramoderner Problematik, in der die Musik, eins geworden mit dem Wort Wüdnern, die Menschen in ihren Bann zwingt. Der Naturalismus des Dichters ist bestrahlt und gedämpft durch die idealistische Note des Musikers. Unerhörte Kontrolle der Dynamik, der sich reibenden Stimmungen, leiser Unterton von menschlich-rührenden Momenten, letzte Zuspitzung von Kontrasten in einer prallen, explosiven Mystik, die so neu anmutet, wie die anatol durchdrachte und durchlebte Kontrapunktik. Der „Wozze!“ Alban Bergs ist, kurz gesagt, der einzig lebendige und lebensfähige Extrakt aller modernen Musik, mindestens, soweit sie musikalisch ausgenutzt wurde. Dieses Werk wird wieder die Köpfe erhitzen. Für oder gegen — das ist einerlei. Nichts anderes steht zur Disposition, als das Ja oder Nein einer sich durchsetzenden Opernrevolution. „Wozze!“ ist die Lokomotive. R. S.

Die Kabarettrevue. Durch die stille Hardenbergstrasse schimmert jetzt allabendlich ein magisches Schauspiel. Wer Licht und Farbe liebt, wird unwiderstehlich angezogen und steht entzückt vor dem Märchenpalast des Renaissance-theaters. Einmal angelockt, tritt der neugierige Straßenpilger ins Innere und hat seine Freude an der köstlichen Pracht des Feenenschlösschens. Der Innenraum hält, was die Fassade verspricht.

In dankbarer Erinnerung an das erfolgreiche Bühnenstück, das mit dem Grundstoff zur Erneuerung des Theaters gegeben hat, führt der Direktor Lager die Revue „Die fleißige Felera“ von Marcellus Schiffer und Paul Straffer in Nachtvorstellungen wieder auf. Die Revue ist bekanntlich eine der ersten, in der man auf äußere Bräutlichkeit zugunsten des inneren Gehaltes verzichtet hat. Mit entzückend lockerer Hand sind in leichten Binselstrichen aktuelle Zeitbilder entworfen, und auf der Bühne spricht es von Liebermann und Witz und Ironie. „Die fleißige Felera“ ist für den Augenblick geschaffen — vor drei Vierteljahren. Das heute noch alle 18 Bilder wurden und frohliches Gelächter bei allen Zuschauern hervorzuheben, ist ein Beweis, wie sicher der Autor in den Wust der Zeitgeschichte eingegriffen hat. Das Lied „Ich kann dich nicht leiden — du kannst mich nicht leiden — laßt uns völkerecheiden“ ist heute noch so aktuell wie damals. Die „Bolencia“, die Parodie auf den „fröhlichen Weinberg“ — man kann nicht jedes Bild beschreiben, das lustige Stimmung schafft. Marga Lyon, Kurt v. Wolowitsch, Ewald Wenz — man kann auch nicht alle Darsteller nennen, die in froher Laune die köstliche Kabarettrevue auf die Beine stellen. dgr.

Der Rückgang des Wallisischen. Trotz der großen Zähigkeit, mit der ein Teil der Bevölkerung von Wales an seiner fetischen Sprache hängt, und den lebhaften Bestrebungen zu deren Erhaltung und Pflege ist ihre Verbreitung doch in stetem Rückgang begriffen. Die letzte Zählung hat ergeben, daß unter 2.491.888 über drei Jahre alten Bewohnern von 13 Grafschaften 157.016 nur Wallisisch, 772.165 Englisch und Wallisisch sprachen. Stark abgenommen haben vor allem die nur Wallisisch Redenden; die Zahl der beide Sprachen Beherrschenden hielt sich in den letzten zwanzig Jahren ungefähr auf gleicher Höhe, immerhin mit einer leichten Neigung zum Sinken, während sie im vorhergehenden Zeitraum eine steigende Tendenz aufwies. Angesichts der Zunahme der Gesamtbevölkerung bedeutet dies einen erheblichen Rückgang. Die Ursachen liegen in der starken Einwanderung und der dadurch bedingten Bevölkerungszunahme in den industriellen Bezirken, denen gegenüber die ländlichen abnehmen.

Der Darwinismus bleibt in Amerika strafbar. Der Oberste Gerichtshof des Staates Tennessee hat das lang erwartete Urteil im Falle des Lehrers Scopes gesprochen, der bekanntlich wegen Verstoßes gegen das im Staate Tennessee bestehende Verbot, die Entwicklungstheorie öffentlich zu lehren, verurteilt worden war. Das Gericht erkannte die Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes an, hob das Urteil erster Instanz, durch das Scopes zu hundert Dollar Geldstrafe verurteilt worden war, jedoch deshalb auf, weil eine Geldstrafe von mehr als fünfzig Dollar nur von einem Geschworenengericht auferlegt werden könne. Der Verteidiger des Verurteilten erklärte, er werde die Angelegenheit sofort dem Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten unterbreiten, damit dieser entscheide, ob irgendwelche Sektens oder Glaubensgemeinschaften tatsächlich das Recht haben sollten, ihre Weltanschauung dem Erziehungssystem eines Staates aufzuzwingen.

Die erste Woche des Lecephonverkehrs London-New York. In der ersten Betriebswoche des neuingerichteten drahtlosen transatlantischen Telephonenverkehrs sind 125 Gespräche zwischen New York und London zustande gekommen.

Vorträge. In der Kumbold-Hochschule hält Max Kentwich am Mittwoch, 8 Uhr, Abends, 844, einen Vortrag mit Lichtbildern: „Auf dem Wege nach Konstantinopel“.

Ein Walros in Schweden. In der Nähe von Solenborg (Schweden) ging dieser Tage ein riesiges Walros von 4000 Pfund Gewicht an Land. Es war bereits vor mehreren Tagen von dänischen Fischern an der dänischen Küste gefischt und verwundet worden. Wie sich jetzt herausstellte, hatte das Walros dabei das Scherenschnitzmesser verloren. Wäre es nicht interessanter gewesen, daß der Walros ungeschoren zu Hause? Ist das Ende unserer Schiffahrt der Nord?

Weingartner in Basel. Die Allgemeine Baseler Musikgesellschaft, die die Einweihungsvorstellung veranstaltet, hat jetzt Weingartner zu ihrem Dirigenten berufen. Gleichzeitig hat ihn die Kommission von Musikschulen und Konservatorien zum Direktor der Anstalt gewählt. Das Stadttheater hat ihm einen Beitrag auf eine Reihe von Opernvorstellungen abgekauft.

Ludwig Hardt gibt seinen Schülern in dieser Saison nur einmal die Gelegenheit, das Programm seines Fortanabend nach ihrer Wahl zu bestimmen: Donnerstag, den 20., in der Komödie, abends 10^{1/2} Uhr.

Sozialistischer Abreißkalender und Kinderland 1927 sind vergriffen!

Der Barmat-Prozess.

Zunmer noch: Das Geschäftsgedebaren der Staatsbank. Starke Zeugenaufgebot.

Am heutigen vierten Verhandlungstage des Barmatprozesses verlor sich die Vernehmung in geschäftlichen Einzelheiten über das Kreditgedebaren der Staatsbank. Vorher erklärte Julius Barmat den Vorsitzenden, daß er mit 20 000 Gulden, 10 000 englischen Pfunden und 30 000 Dollar noch Deutschland gekommen sei. Er habe diese Devisen im Safe des Bristolhotels untergebracht. Sachverständiger Professor Dr. Weitzner: Herr Barmat, können Sie den Beweis dafür erbringen, daß diese Gelder Ihr privates Eigentum waren und nicht aus holländischen Krediten stammen? Angekl.: Ich hatte von Mendelssohn einen Blankokredit über eine Million Gulden, den ich aber nicht benutzt habe. Außerdem habe ich schon eine Erklärung der Infassobank übergeben, daß ich keine Kredite genommen habe. Ich werde aber auch von allen Banken, die in den Büchern erscheinen, derartige Erklärungen beibringen. Vorl.: Können wir nicht überhaupt die holländischen Bücher bekommen? Barmat: Das sollte schon bei der Verhandlung vor dem Untersuchungsausschuß geschehen, es scheiterte aber an der Weigerung der holländischen Steuerbehörde. Sodann äußerte sich Dr. Hellwig noch einmal grundsätzlich zu der Kreditgewährung, wobei er sich in scharfen Gegensätzen zu den Ausführungen des Sachverständigen Staatsfinanzrat Soltan stellte. Er betonte nochmals, daß die

Verfügungen nur durch Zufall zur Kenntnis der zuständigen Beamten gekommen seien.

Große Unklarheiten beständen auch über die Zeichnungsberechtigung, wie überhaupt die grundlegenden Bestimmungen der Staatsbank aus dem Jahre 1872 auf Grund einer Kabinettsorder Friedrichs des Großen stammten. Bei den Sitzungen habe man sich nicht so sehr dafür interessiert, an wen die Kredite gingen. Die Kredite für die Amerigima habe er, Dr. Hellwig, aber nicht allein bewilligt, sondern immer vorher mit anderen Herren Rücksprache genommen.

Oberstaatsanwalt Trautmann: Die Unklarheit über die Dienstbestimmungen der Staatsbank ziehen sich wie ein roter Faden durch die bisherige Vernehmung. Ich möchte deshalb anregen, durch diese Frage zu prüfen und möglichst bald außer Staatsfinanzrat Soltan den Präsidenten, den früheren Vizepräsidenten Geheimrat Angge und auch den jetzigen Vizepräsidenten zu hören. Vorl.: Ich habe beschlossen, von dem Präsidenten der Staatsbank abwärts alle Beamten zu hören, die über die Bestimmungen der Dienstvorschriften und den Geschäftsbetrieb Auskunft geben können. — Nach der Anlage wurde dann die Entwicklung der Kredite an die Amerigima erörtert, die am 30. November 1923 mit 10 000 Rentenmark begonnen, die am 30. November um 5000 Mark erhöht wurde und bis 15. Dezember 1923 273 000 Mark erreicht hatte. Dr. Hellwig betonte, daß die Entwertungsklausel nur in den seltensten Fällen, wenn die Kunden darin einwilligten, zur Anwendung gekommen sei. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde dann in Gemeindefassung mit dem Sachverständigen in aller Ausführlichkeit die Kreditbewilligung — bis Mitte Januar 1924 waren es 4,8 Millionen Rentenmark geworden — erörtert.

Der Oberstaatsanwalt erklärt in Uebereinstimmung mit Dr. Hellwig, daß Zinsen in Höhe von 18 Proz. monatlich berechnet worden sind vom Tage der Kreditbewilligung ab, also ohne Rücksicht darauf, ob der Kredit auch in Anspruch genommen wurde. Im Februar wurde dann, wie der Vorsitzende feststellte, der Zinssatz von 18 Proz. auf 15 Proz. herabgesetzt. Nach Dr. Hellwig ist die Herabsetzung auf Veranlassung von Dr. Rube erfolgt, der der Ansicht war, daß 15 Proz. im Markt auch noch ausreichend waren. Wir konnten die Kredite geben, weil wir Postgelder bekommen hätten, die wir allen unseren Kunden anböten, für die aber nur die Amerigima Bedarf hatte. Vorl.: Am 20. März waren die Kredite auf 6 Millionen Mark ungeschwollen. Wie haben Sie denn nun da für die Deckung gesorgt? Dr. Hellwig: Die Zusatzkredite sind zum Teil tägliche Gelder geworden. Ich habe erst jetzt erfahren, daß diese täglichen Gelder blanko gegeben worden sind. (Bewegung.) Von wem das geschehen ist, weiß ich nicht. Ich habe sie nicht gegeben. Vorl.: Herr Rienske, von wem haben Sie die Gelder telephonisch bekommen? Angekl.: Rienske (jährend): Sie wurden telephonisch abgerufen. Bei wem weiß ich aber nicht mehr. Es kann Dr. Rube gewesen sein.

Vorl.: Es muß doch aber festgestellt werden können, wer die täglichen Gelder bewilligt hat. Der Portier wird es doch nicht gewesen sein. (Heiterkeit.) Ist denn wegen der Deckung nie mit Ihnen gesprochen worden? Rienske: Von mir ist nie eine Effizienzdeckung verlangt worden. Wenn es der Fall gewesen wäre, hätte die Staatsbank soviel Effekten haben können, wie sie wollte.

Leiserde vor dem Reichsgericht.

Revisionsverworfen, Todesurteile bestätigt.

Leipzig, 17. Januar. (III.) Im Leiserde Affentatsprozess hat der Dritte Strafsenat des Reichsgerichts die von den beiden Angeklagten Schlesinger und Weber eingelegten Revisionen verworfen. Die gegen beide Angeklagten ausgesprochenen Todesurteile sind damit bestätigt. — Ueber die Verhandlung fragen wir folgendes nach.

Unter dem Vorsitz des Reichsgerichtsrats Buff fand heute morgen vor dem 3. Strafsenat des Reichsgerichts die Revisionsverhandlung in Sachen der Leiserde-Affentäter Schlesinger und Willi Weber statt. Walter Weber hatte, wie feinerzeit berichtet wurde, das Urteil angenommen. Die Interessen Schlesingers vertritt A.-A. Dr. Rütgebrunn. Der Verteidiger, Reichsgerichtsrat Rienske, ho die Stellen der Urteilsbegründung hervor, die für die Revisionsverhandlung von Bedeutung sein könnten.

A.-A. Dr. Rütgebrunn beginnt keine Darlegungen mit der Feststellung, daß den Angeklagten, so hochwürdig ihre Tat auch gewesen sei, die Rechtsparanthen gewährt werden müßten. Bei den Revisionsgründen wären drei Gruppen zu unterscheiden: Erstens wäre zu rügen, daß die Angeklagten auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes nicht hingewiesen worden seien. Allerdings müßte dieser Revisionsgrund fallengelassen werden, nachdem festgestellt worden ist, daß der Vorsitzende nach den Mitbegrüßern der Verteidiger die Angeklagten darauf aufmerksam gemacht habe, daß sie auch wegen fortgesetzter Handlung zur Verurteilung werden könnten. Die zweite Gruppe der Revisionsgründe bezieht sich auf den Umstand, daß in der Urteilsbegründung nicht der Paragraph genannt worden sei, auf Grund dessen die Verurteilung stattgefunden habe. Dieser Revisionsgrund sei von ausschlaggebender Bedeutung und schließlich sei auch das Strafgesetz falsch angewendet worden. Die Urteilsbegründung hat es unterlassen, entsprechend dem § 267 Absatz 3 anzugeben, daß Schlesinger auf Grund des § 47, b. h. wegen Ritterlichkeit verurteilt sei. So ist das Reichsgericht nicht in der Lage, zu prüfen, ob die in der Urteilsbegründung angeführten Tatbestandsmerkmale wirklich auf den § 47 paßen. Die Urteilsbegründung hat die psychologische Prüfung der Tatbestandsmerkmale in bezug auf Schlesinger vorzunehmen unterlassen. Schlesinger hatte erklärt, daß ihm im letzten Augenblick das Bewußtsein, ein Verbrechen zu begehen, gekommen sei und daß er deshalb nicht

Das Attentat auf den Mieterschutz.

Scharfe Abrechnung mit Hausbesitzern und Wirtschaftspartei.

Zu einer vom Reichsbund deutscher Mieter gemeinsam mit dem Schutzverband der Arbeits- und Geschäftshausmieter veranstalteten Demonstration hatten sich Tausende von Berliner Kleingewerbetreibenden gestern vormittag in Kiefersaale des „Lou“ eingefunden, um gegen Minister Hirtspiesers Abbauperordnung zu protestieren. Die Versammlung nahm einen ungemein stürmischen Verlauf, ein Beweis, wie sehr auch die Mittelschichten gegen den immer untröstlicher werdenden Druck der Haus- und Grundbesitzer zu rebellieren beginnen.

Der erste Redner, Landgerichtsrat Genosse Ryben, wandte sich, oft von tosenden Beifallsstürmen unterbrochen, gegen die infame Auspressungskampagne des Hausbesitzers, die 1914 mit dem Dolchstoß in den Rücken der Wirtschaft ihren Anfang genommen hat. Die breiten Massen der Mieter, die für die Last der Reparationszahlungen aufkommen sollen, sollen nun auch die letzten Renten der Hausbesitzer stabilisieren.

Innerhalb zweier Jahre sind die Mieten um das Vierfache gestiegen.

worden. (Psuirufe.) Die Abbauperordnung wird, aufs schärfste mißbraucht, zum Ruin unzähliger Existenzen. Es besteht unbedingte Interessengemeinschaft zwischen Wohnungs- und Ladenmietern. Früher wurde das sehr oft verkannt. Sie sind abhängig vom Wohl und Wehe der Konsumentenschaft. (Stürmisches Sehr richtig!) Schütteln Sie das Joch jener Parteien ab, die Sie als Wahlzettel für ihre kapitalistischen, für ihre krupellosen Unternehmensebenen mißbrauchen, die vorgeben, den Mittelstand zu schützen und ihn in Wahrheit dem Ruin entgegenzuführen. (Minutenlanger Beifall.) Lassen Sie Herrn Ladendorff (widerlärm, andauernde Psuirufe) und seine Interessensvertretung des Hausbesitzeregoismus in Zukunft noch so theatralisch Mittelstandsinteressen mit dem Munde verkünden. Sie wissen nunmehr, wozu sie bei diesen Herren sind. (Bravorufe.) Das Mietabbauperordnung ist ein Handstreich der famosen Wirtschaftspartei. Was nützt es, wenn man die Gewerbesteuer um 50 Proz. ermäßigt, wenn sich der Mietfuß um 100 Proz. erhöht? Die Abbauperordnung bietet nicht den mindesten Schutz vor offener Willkür. Nicht einmal die Frage der Räumungsverfristung ist geregelt. Selbst Luther hat 1924 im Reichstag festgestellt, daß der

Reinüberdreh des Hausbesitzes den Standard der Friedenszeit überschreite.

Trotzdem haben sie noch nicht genug. Jene Leute, die sich in der Nachkriegszeit wesentlich bereichert haben, wollen aus den elenden verfallenen Baracken der Proletariatsviertel erhöhte Renten schinden. Wir stehen hier als Vertreter der Volksinteressen, gegen die gemeingefährlichen Pläne der Einzelinteressenten. (Starker Beifall.) Wir verlangen gesunde billige Wohnungen für die Wohnungsgläubigen (stürmischer Beifall), dafür, nicht für die Rentierfonds des Hausbesitzes geben wir Geld. Auf der „Geselle“ demonstrieren die Hausbesitzer den früheren „Feinden“, man habe in Deutschland so hohe Mietfüße, weil die „freie Wirtschaft“ gesteuert sei. (Widerlärm Rufe: Elende Heuchler, Verräter!) Gegen diese Politik der nationalen Schmach haben die Gewerkschaften demonstriert. (Bravo!) Es gibt ein Bollwerk gegen die Ausbeutung der Arbeitnehmer im weitesten Sinne aufzurichten. Eine gesunde Generation bedingt ein soziales Mietrecht. Der Mieter hat ein Recht auf den deutschen Grund und Boden. Mieter, hilf dir selber! Mieter, wehre dich! (Minutenlanger Beifall.)

Rechtsanwalt Dr. Goebel setzte sich temperamentvoll mit den Einzelheiten der Abbauperordnung auseinander. Wen hat Herr Hirtspieser gefragt, als er den Mietern kein Danergericht in der Schöpfung warf. (Widerlärm.) Die, die es angeht, sind nicht befragt worden. (Psuirufe.) Eine ganze Klasse soll obdachlos gemacht werden. Dagegen gibt es nur ein Selbsthilfe. Ein Schutz für den Ladenmieter ergibt sich nicht. Er genießt nicht den Schutz, den die Wohnungsbau der Polizei- und Finanzämter genießen. Wir verlangen Volkswohl, keinen Hausbesitzerprofit, Herr „Wohlfahrtsminister“! Die Verlängerungsklausel hat das Reichsgericht aufgehoben, die Kündigung

mehr keine Affentatspflanze hätte ausführen wollen. Somit besteht für ihn nicht mehr eine Ritterlichkeit, sondern höchstens eine Beihilfe. Schließlich sei auch von größter ausschlaggebender Bedeutung der soziale Revisionsgrund. Es genügt nicht, daß die Angeklagten mit Opfern an Menschenleben gerechnet hätten. Diese Angeklagten hat auf ihre Willensbestimmung einwirken müssen, z. B., wenn sie gehofft hätten, bei der durch die Lösung entstandenen Verwirrung ihren Minderungsplan leichter ausführen zu können.

Der Reichsanwalt erklärte, daß alle Revisionsgründe nichtig seien. Die Reichsgerichtsentscheidungen forderten nicht, daß der Gesetzesparagraf, der zur Anwendung komme, unbedingt genannt werde. Es genüge, daß aus der Schilderung der Tatbestandsmerkmale zu ersehen sei, welcher Paragraf zur Anwendung gelangt ist. Aus der ausführlichen Urteilsbegründung sei aber zu ersehen, daß das Gericht die Ritterlichkeit des Angeklagten Schlesinger während der ganzen Zeit der Vorbereitung, so auch während der Tat angenommen habe. Der einzige Formfehler, der zu rügen sei, würde höchstens darin bestehen, daß das Gericht fortgesetzte Handlung angenommen habe, wo es in Wirklichkeit drei selbständige Handlungen gewesen seien, nämlich der Mordversuch am Bortage der Unglücksnacht, zweitens der Mordversuch und drittens der Mord in der Unglücksnacht selbst.

Abermals ein Eisenbahnfrevel.

Auf der Strecke Wilhelmshagen—Erkner.

In der letzten Zeit kam es wiederholt vor, daß in der Nacht zum Sonntag dumme Jungen Anschläge auf die Eisenbahnstrecken verübten. Zum Glück sind sie jedesmal ohne ernste Folgen abgefallen. Mehrmals wurden die Uebelthäter von der Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen. Dabei ergab es sich stets, daß die Burschen betrunken gewesen waren und sich die Folgen ihrer Streiche nicht klargemacht hatten. Auf solche dummen Jungen ist wohl auch ein Frevel zurückzuführen, der am Sonntag früh auf der Strecke Erkner—Wilhelmshagen verübt wurde. Ein Streckenwörter entlockte ihn gegen 3 1/2 Uhr morgens und benachrichtigte die Kriminalpolizei.

Die Feststellungen am Tatort ergaben folgendes: Etwa 500 Meter vor dem Bahnhof Wilhelmshagen haben noch unbekannte Uebelthäter den Bahndamm erstigen und, auf diesem entlanggehend, mehrere Signallampen von der Höhe der Masten heruntergelassen und auf die Schienen gestellt. Hier nicht bemerkt zu werden, kletterten sie unmittelbar vor dem Bahnhof die Böschung wieder herunter. Sie waren aber mit dem bereits angerichteten Unfug noch nicht zufrieden. Jenseits des Bahnhofsgebäudes stiegen sie wieder empor und legten nun eine Schwellen auf das Fernbahngleis. Sie versuchten auch, von einem

Stapel neuer Schwellen noch eine zweite herunterzunehmen und neben die erste zu legen, kamen damit aber nicht zustande, weil ihnen der Block zu schwer war. Ueber das Schwellenabheben fuhr der Berlinerzug Wentschen—Worshau, der um 2 Uhr 47 Minuten Berlin verläßt. Glücklicherweise hatten die Uebelthäter eine ältere, etwas morsiche Schwellen erwischt, die von der Maschine ohne weiteres zermalmt wurde. Von den auf die Schienen gestellten Signallampen wurden mehrere umgefahren, sonst aber kein Unheil angerichtet. Ohne Zweifel handelt es sich wieder um Leute, die beim Zucken den letzten Zug verpaßt haben und nun zu Fuß nach Hause gehen müßten. Von den Freveln ist bisher noch keine Spur gefunden worden. Für ihre Ermittlung hat die Eisenbahnerverwaltung eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Johannes Müller im Zimmer 195 des Polizeipräsidiums.

früht läuft von Vierteljahr zu Vierteljahr. Der Hausbesitz weiß, was auf dem Spiele steht.

Diese Verordnung ist der erste große Ansturm auf die Mieterrechte, die Wohnungsmieter werden das nächste Schachobjekt sein.

Man schlägt die kleinen Geschäfte, um den Konzernen freie Bahn zu machen. (Große Erregung.) Was ist das für eine Wirtschaftspartei, die die Interessen von Handwerk und Gewerbe so schmachvoll mit Füßen tritt? (Widerlärm.) Was ist das für ein Minister für Volkswohlfahrt, der wartet, bis unzählige Existenzen vernichtet sind, um dann eventuell gegen Mißbrauch einzuschreiten? Es geht an die Achse des Mieters. Die Verordnung muß fallen. (Minutenlange Zustimmung.)

Rundum sprach die Vertreter der Fraktionen. Stürmisch begrüßt, überbrachte Genosse Lüdemann die wärmsten Grüße der sozialdemokratischen Landtagsfraktion. Daß die Sozialdemokratie gegen die unsoziale Verordnung in schärfster Opposition steht, ist selbstverständlich. Machen Sie, so sagte er, weniger dem Minister Hirtspieser, als vor allem Ihren eigenen Industrie- und Handelskammern Vorwürfe: diese haben zum großen Teil die unsoziale Verordnung veranlaßt. (Stürmisches Psuirufe.) Am Dienstag steht

der Antrag der Sozialdemokraten, die Verordnung wieder aufzuheben, im Plenum des Landtags zur Abstimmung. (Tosender Beifall.) Sorgen Sie dafür, daß die Parteien unserem Antrag zustimmen. (Stürmisches Händeklatschen.) Der Demokrat Mertens nannte die Verordnung unhaltbar und gemeingefährlich, machte jedoch zum Schluß einen offensibaren Zurückzieher, was die erregte Versammlung mit minutenlangen Entrüstungsfundebungen quittierte. Nach dem Kommunisten Stolt wurde die Szene zum Tribunal. Von einem bisher kaum erlebten Sturm der Entrüstung empfangen, verlor die Wirtschaftspartei Drevly, Fraktionsführer im Reichstag, zu sprechen, mußte aber unter einem Hagen von Zurufen von seinem Vorhaben Abstand nehmen. Der Volksparteier Falz sprach — zu 75 Proz. für den Mieterschutz, zu 25 Proz. gegen ihn. Nach ihm brachte der Verammlungsleiter Höbner einen Antrag volksparteilicher Abgeordneter für Aufhebung des Mieterschutzes zur Beratung. Eine Welle der Empörung ging durch den Saal. Ein Antrag, der mit aller Schärfe die sofortige Aufhebung der Verordnung vom 11. November verlangt, wurde einstimmig angenommen.

Mittelstand und Staat.

Gestern, Sonntag, fand in den Kammerjulen eine Mittelstandsungebung der demokratischen Partei statt, mit dem Thema: Die Stellung des gewerblichen Mittelstandes im heutigen Staat. Auf dieser Rundgebung fand die Bestimmung, wenn nicht Empörung, über die Politik der bürgerlichen Rechtsparteien und der sogenannten Wirtschaftspartei starken Ausdruck, die mit allen möglichen Versprechungen die Stimmen des Mittelstandes an sich ziehen, um dann, wie bei der Freigabe der gewerblichen Räume, die Interessen des Mittelstandes dem Großkapital zu opfern. Handelsminister Schreiber betonte u. a. die Notwendigkeit, die Kaufkraft der breiten Massen zu heben und so den Warenmarkt zu steigern, wenn die Lage des Mittelstandes gehoben werden sollte. Der Syndikus der Berliner Industrie- und Handelskammer, Oskar Meyer, rief den Mittelstand auf, sich in seinem eigenen und im Interesse des Volkes und seiner Wirtschaft in den Dienst der Republik zu stellen.

Die Entschleunigungen, die nach den Referaten angenommen wurden, verlangen eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten, eine energische Förderung des Wohnungsbaues und einen Schutz der gewerbetreibenden Mieter. Ausdrücklich gewarnt wird vor der Agitation der Wirtschaftspartei, die durch ihr widerspruchsvolles Verhalten Handwerk und Gewerbe auf das schwerste geschädigt hat.

Stapel neuer Schwellen noch eine zweite herunterzunehmen und neben die erste zu legen, kamen damit aber nicht zustande, weil ihnen der Block zu schwer war. Ueber das Schwellenabheben fuhr der Berlinerzug Wentschen—Worshau, der um 2 Uhr 47 Minuten Berlin verläßt. Glücklicherweise hatten die Uebelthäter eine ältere, etwas morsiche Schwellen erwischt, die von der Maschine ohne weiteres zermalmt wurde. Von den auf die Schienen gestellten Signallampen wurden mehrere umgefahren, sonst aber kein Unheil angerichtet. Ohne Zweifel handelt es sich wieder um Leute, die beim Zucken den letzten Zug verpaßt haben und nun zu Fuß nach Hause gehen müßten. Von den Freveln ist bisher noch keine Spur gefunden worden. Für ihre Ermittlung hat die Eisenbahnerverwaltung eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Johannes Müller im Zimmer 195 des Polizeipräsidiums.

Kleingärtnerprotest.

In einer überaus stark besuchten Versammlung in Noddag Jersfölen, Brih, protestierten die Kleingärtner der Kolonien Immergrün, Gemeindeländ Brih, Mühsam, Dammecke und noch mehrere andere gegen die Enteignung ihres Grundbesitzes. Genosse Reinhold vom Reichsverband der Kleingärtnervereine wandte sich scharf gegen das Vorgehen des Magistrates. Er sprach von den vielen unerfüllt gebliebenen Versprechungen, die den Kleingärtnern gemacht wurden und die jetzt in der Entziehung des Grund und Bodens, den sie sich mühsam in jahrelanger Arbeit nutzbar gemacht hatten, ihre einzige Auswirkung fänden. In einer einstimmig gefaßten Resolution nahmen sämtliche Anwesenden — etwa 2000 an der Zahl — mit Empörung von den Kündigungen Kenntnis und beauftragten den Bezirksverband der Kleingärtner zu schärfsten Gegenmaßnahmen.

Ein schwerer Zusammenstoß ereignete sich heute vormittag gegen 10 Uhr in Oberschöneweide. Vor dem Hause Wilhelmshofstraße 6 stieß eine Kraftdrosche, die eine zweite schleppete, mit einem zweispännigen Geschäftswagen zusammen. Zwei Mitfahrende, der zwanzigjährige Müller Alfred A. aus der Pöckerstraße 21 und eine zweite Person, deren Personalien noch unbekannt sind, wurden lebensgefährlich verletzt. Die Verunglückten wurden von der Feuerwehr in das Elisabeth-Hospital zu Oberschöneweide geschafft, wo sie bedenklich darniederliegen. Die Pferde hatten so schwere Verletzungen erlitten, daß sie an Ort und Stelle erschossen werden mußten. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

Blühender Kirschbaum. Die ersten allzu frühen Blüten zeigen an einem Kirschbaum bringt uns ein Leser unseres Blattes, Herr P. Hentschel, aus seinem Garten in Köpenick, Grünauer Str. 67. Der Baum steht in einem Obstgarten ganz frei an einer keineswegs geschützten Stelle.

